

Humanismus als Verfassungsgebot in der DDR

HORST GROSCHOPP

Vorbemerkungen

Der vorliegende Artikel ist aus Anlass des 75. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik geschrieben. Er stützt sich auf meine im Sommer 2013 im Marburger Tectum-Verlag erschienene Studie „Der ganze Mensch“.¹ Zu diesem Zeitpunkt lagen einige Publikationen über Humanismus im Rahmen der von mir von 1997 bis 2014 geleiteten „Humanistischen Akademie“ vor. Es begannen die Arbeiten am von Hubert Cancik, Frieder Otto Wolf und mir bei de Gruyter dann 2016 herausgegebenen Handbuch „Humanismus: Grundbegriffe“.

In diesem Kontext umfänglicher Humanismusforschungen fragte mich der Mitherausgeber, der Religionswissenschaftler Hubert Cancik, ob ich nicht wüsste, wie der Humanismus 1949 und 1968 in die DDR-Verfassungen gekommen sei, als einzigem Land in der Welt, und ob es da nicht Diskussionen gegeben habe, die heute noch interessant seien.

Das war mir nicht unbekannt, erschien mir aber stets als vom Leben abgehobene Programmatik, war doch ihre Praxis einem Kultursystem entnommen, dessen Leitsatz „Die Kunst dem Volke“ und dessen Kampf gegen „Schundliteratur“ von außerhalb der Arbeiterbewegung kam, aber darin doch viele Anhänger fand.² Ich sah die Sache sogar belustigend, wie denn in einem Staat, der kein Verfassungs- und Verwaltungsgericht kannte, so eine schwierige Sache wie Humanismus politisch oder gar juristisch hätte eingefordert werden sollen. Es war aber wichtig, der Sache nachzugehen, schon weil Zusammenhänge zwischen Humanismus und DDR nach deren Untergang schwer in Verruf gekommen waren.

Als wir uns schließlich an das oben genannte Handbuch machten, war uns der enorme Umfang unseres Gegenstandes weitgehend klar und meine Be-

1 Vgl. Horst Groschopp: Der ganze Mensch. Die DDR und der Humanismus. Ein Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte, Marburg 2013.

2 Vgl. Horst Groschopp: Zwischen Bierabend und Bildungsverein. Zur Kulturarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914, Berlin 1985.

Horst Groschopp

Humanismus als Verfassungsgebot in der DDR

In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Berlin 2024

Heft 3

S. 89-108

Anmerkung: Leider bestand keine Möglichkeit zur Fahnenkorrektur, ich bitte, die Fehler zu entschuldigen.

funde umfänglich. Deshalb schrieben wir gleich im ersten Satz der Einleitung: „Humanismus“ ist eine kulturelle Bewegung, ein Bildungsprogramm, eine Epoche (Renaissance), eine Tradition („klassisches Erbe“), eine Weltanschauung, eine Form von praktischer Philosophie, eine politische Grundhaltung, welche für die Durchsetzung der Menschenrechte, ein Konzept von Barmherzigkeit, das für humanitäre Praxis eintritt.“³ Das entsprach den Ergebnissen meiner Studien, dass das Wort „Humanismus“ in der DDR in eben dieser Breite vorkam.

Der wichtigste Erkenntnis war schließlich, dass die Debatten von 1945 bis 1949 Fortsetzungen derjenigen von vor 1945 waren, mit Höhepunkten in Paris 1935 und in Moskau zur gleichen Zeit, gar noch einmal unmittelbar vor dem Juni 1941, dann im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD). Das war ein Diskurs, in dem die KPD zu begreifen versuchte, was dieser Humanismus meint, denn er kam bei Lenin und Stalin nicht vor. Bereits Marx und Engels hatten gelehrt und in der „Heiligen Familie“ geschrieben,⁴ dass Humanismus in die Idee des Kommunismus eingegangen sei. Klassenkampf, so zeigten überdies hundert Jahre Arbeiterbewegung, war keine Sache der Freundlichkeit, Duldsamkeit und Toleranz. Deshalb hatte August Bebel, bezogen auf die Versöhnungswünsche der späten Fourieristen, vor jeder „Humanitätsduselei“ gewarnt.⁵

Ich stieß auf den mir nicht unbekanntem kommunistischen Kulturfunktionär und -theoretiker Alfred Kurella, der in meinem Buch 2013 nun in 13 Abschnitten extra vorkommt, und dessen Werk „Das Eigene und das Fremde“ wir an der Humboldt-Universität in Lehrveranstaltungen der Kulturwissenschaft gelesen hatten.⁶ Seine programmatische Schrift „Der ganze Mensch“ von 1969 hat dann meiner den Titel gegeben. Kurella schrieb: „Von jetzt ab werden wir diesen ganzen Komplex tiefer durchdenken müssen, besonders im Hinblick auf den Ausbau konstanter und systematischer Bemühungen um

3 Hubert Cancik/Horst Groschopp/Frieder Otto Wolf: *Humanismus: Grundbegriffe*. Berlin/Boston 2016, S. 1.

4 Friedrich Engels/Karl Marx: *Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer & Consorten*. In: MEW, Band 2, Berlin 1958, S. 139.

5 Vgl. August Bebel: *Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien*, Leipzig 1978, S. 232.

6 Vgl. Alfred Kurella: *Das Eigene und das Fremde. Beiträge zum sozialistischen Humanismus* (1968). Hrsg. von Hans Koch, Berlin 1981.

die Vereinheitlichung aller unserer Maßnahmen in bezug auf den ‘ganzen Menschen’, der in Gestalt des Arbeiters vor uns steht.“⁷

Er hatte Wilhelm von Humboldt gelesen.⁸ Er kannte sicher Friedrich Immanuel Niethammer, auf den der deutsche Begriff Humanismus 1808 zurückgeht.⁹ Sicher hatte er einmal Nikolai Bucharin gehört, der der Auffassung war (1937 im Geheimdienstgefängnis) aufgeschrieben: „Der Sozialismus erzeugt also einen vollwertigen und allseitig entwickelten Menschen“.¹⁰

Es entstand ein Buch, das diese Geschichte über Humanismus und Arbeiterbewegung, dann der DDR bis Mitte der 1980er, vom Vormärz 1848 an in sieben Kapiteln nachzuerzählen versucht, um daraus den Platz bestimmen zu können, den die Humanismus-Debatten in der DDR hatten, vor allem, wie eine SED-Führung konzeptionell mit so etwas Sperrigem umging, etwa mit Klaus Mann, der 1935 den Begriff des „sozialistischen Humanismus“ erfand,¹¹ um Demokratie und Sowjetmacht zusammen zu denken für die Volksfront.

Wenn in der SED, der SBZ und dann in der DDR von Humanismus geredet wurde, dann immer mit Bezug auf die Arbeiterklasse. Dabei zeigte sich besonders hier, und es war mir eine Genugtuung, das nachzuzeichnen, warum die Verantwortlichen so wenig von der Kultur dieser Klasse wussten, aber nahezu religiös an ihre historische Mission glaubten. Es ging dabei auch stets um die Rezeption von Marx’ Frühschriften,¹² wo schon 1932 Alfred Kurella und Herbert Marcuse differente Interpretationen erarbeiteten, die sie ein Leben lang leitete und unterschied.¹³

7 Alfred Kurella: *Der ganze Mensch*, Berlin 1969, S. 10.

8 Vgl. die Analyse von Wendelin Sroka: *Die Bildungskonzeption Wilhelm von Humboldts in der DDR. Ein Beitrag zur Rezeptionsgeschichte des Neuhumanismus*, München 1984.

9 Vgl. Friedrich Immanuel Niethammer: *Der Streit des Philanthropinismus und des Humanismus in der Theorie des Erziehungs-Unterrichts unsrer Zeit*, Jena 1808. – Inzwischen sind frühere Verwendungen bekannt.

10 Nikolai I. Bucharin: *Der Sozialismus und seine Kultur*. Hrsg. von Swetlana N. Gurwitsch-Bucharina, Berlin 1996, S. 151.

11 Darauf wird später kurz verwiesen.

12 Vgl. Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*. [Zur Kritik der Politik und zur Kritik der Nationalökonomie.] Hrsg. von Joachim Höppner, Leipzig 1968.

13 Vgl. Alfred Kurella: *Der Mensch als Schöpfer seines Selbst*. In: *Das Wort*. Moskau, Nr. 1, [Juli] 1936, S. 68–75. – Herbert Marcuse: *Sozialistischer Humanismus?* In: *Ders.: Ökologie und Gesellschaftskritik*. Hrsg. und mit einem Vorwort versehen von Peter-Erwin Jansen. Einleitung von Iring Fetscher. Aus dem Amerikanischen und Französischen von Thomas Laugstien, Springe 2009, S. 118–129.

Bevor dem Humanismus in den DDR-Verfassungen nachgegangen wird, ist auf eine Quelle zu verweisen, die hervorragende Studie von Heike Amos. Diese Arbeit über die Verfassung von 1949 schuf erst die Voraussetzung, sich speziellen Fragen des Humanismus darin zu widmen.¹⁴ Besonders eindringlich ist ihr Herausarbeiten der Rolle von Karl Polak, dem juristischen Schöpfer der ersten Verfassung. Was die Verfassung von 1968 betrifft, so erschien ein Jahr später ein offizieller zweibändiger Kommentar, dessen Lektüre sehr lehrreich ist.¹⁵

Entdeckung des Humanismus

Dem liberalen Bildungsbürgertum war auch in der Zeit des Nationalsozialismus Humanismus gegenwärtig. Sie riefen ihn in Erinnerung, etwa Walter A. Berendsohn,¹⁶ Arthur Liebert, Victor Klemperer,¹⁷ besonders aber Heinrich Deiters, der sofort begann, die frühe Bildungspolitik in der SBZ entsprechend zu beeinflussen.¹⁸ Sozialdemokraten, die 1946 in die SED gingen, waren hier seit den Volksfrontzeiten skeptisch, wo sie sich der KPD verweigerten. Doch es gab in ihrem Umfeld humanistische Vordenker, besonders Siegfried Marck, der darin im Exil seine Hoffnungen setzte.¹⁹ Aber wie fanden die Kommunisten ihren Zugang?

Die Konzeptionsbildung der SED, eingeschlossen die zum Humanismus, begann in der KPD mit der Reflexion der Volksfront.²⁰ Sie wurde mit dem

14 Vgl. Heike Amos: Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone / DDR 1946–1949. Darstellung und Dokumentation, Münster 2006.

15 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente, Kommentar. Hrsg. von Klaus Sorgenicht, Tord Riemann, Hans-Joachim Semler und Wolfgang Weichert. 2 Bände, Berlin 1969.

16 Walter A. Berendsohn: Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigranten-Literatur. Erster Teil. Von 1933 bis zum Kriegsausbruch 1939, Zürich 1946.

17 Victor Klemperer: Kultur. Erwägungen nach dem Zusammenbruch des Nazismus (1947), Berlin 1948.

18 Vgl. Heinrich Deiters: Der reale Humanismus (1947). Berlin 1948. – Ders.: Die Grundlagen des realen Humanismus. In: Studium generale. Zeitschrift für die Einheit der Wissenschaften im Zusammenhang ihrer Begriffsbildungen und Forschungsmethoden. Berlin/Göttingen/Heidelberg, 1. Jahrgang, Dezember 1948, H. 7, S. 434–439.

19 Vgl. Siegfried Marck: Der Neuhumanismus als politische Philosophie, Zürich 1938.

20 Eine vorzügliche Darstellung findet sich bei Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris und Moskau. Erster Band: Vorgeschichte und

Ausbruch des Krieges 1939 unterbrochen. Der Bezug auf Humanismus war ein politischer Kompromiss. Die Kommunisten hatten das Problem, wie sie mit dem deutschen Nationalstolz umgehen sollten. Auf dem Pariser Kongress 1935 waren besonders Johannes R. Becher und Anna Seghers ihrer Partei gegenüber vorgeprescht.

Bis zum VII. Weltkongress der Komintern, der im Juli und August 1935 nach dieser Tagung stattfand, galt noch die ultralinke Position des Verneinens nationaler Unterschiede. Also suchte man nach dem, worauf Deutsche stolz sein und worauf sich alle guten Deutschen positiv beziehen könnten. Dies waren die vom NS-Staat verdammt einstigen und aktuellen Emigranten wie Heinrich Heine, die Gebrüder Mann und weitere, und das betraf das humanistische Kulturerbe: Herder, Goethe, Lessing, Schiller ... So kamen die „Menschenwürde“ und ihr politischer Begriff, die „wahre Humanität“, in Gebrauch.

Eine breitere Beschäftigung mit Humanismus entstand mit der Argumentationssuche für Agitationseinsätze deutscher Kommunisten im Krieg gegen Deutschland, der im Juni 1941 begonnen hatte, etwa bei der Frage, wie Soldaten und Offiziere zum Überlaufen animiert werden könnten. Im Sommer 1942, ein Jahr nach dem Überfall, verstärkte die Rote Armee ihre Agitationsbemühungen unter den Gefangenen mit dem gleichen Ziel. Als dann die Wende des Krieges absehbar war, die Zahl der Gefangenen stieg, besonders nach Stalingrad, wurden Überlegungen zwingend, ob hier nicht – gerade mit humanistischen Argumenten – ein wirkliches Widerstandspotenzial gebildet werden kann, das ins Reich hineinwirkt, um in der deutschen Wehrmacht eine Opposition gegen Hitler zu organisieren. Damit erhielt Humanismus einen höheren Stellenwert als möglicher gemeinsamer nationaler deutscher Wertebegriff, diskutiert unter den Bedingungen der sowjetischen Gefangenschaft.

Doch als sich dann die Ostfront den alten deutschen Reichsgrenzen von 1939 näherte, ein Sieg der Alliierten in greifbare Nähe rückte, die Rote Armee am 10. Oktober 1944 Ostpreußen erreichte, verlor dieses Motiv schnell an Bedeutung. In der Führung der KPD war schon im Verlauf des Jahres 1943 über ein Deutschland nach dem Krieg nachgedacht worden. Nun begann die

Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. Zweiter Band: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. Dritter Band: Dokumente zur Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Chronik und Verzeichnisse. Berlin 2004, 2004 und 2005. – Zum kulturellen Hauptereignis vgl.: Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur. Reden und Dokumente. Mit Materialien der Londoner Schriftstellerkonferenz 1936. Hrsg. mit einer Einleitung und Anhang von Wolfgang Klein, Berlin 1982.

direkte Vorbereitung der KPD auf die stellvertretende Herrschaft in Deutschland und die beschleunigte Ausbildung eines Personals dafür.²¹

Dieser Kader rekrutierte sich aus zwei Gruppen, *zum einen* aus den durch Stalin dezimierten Mitgliedern der KPD und *zum anderen* aus den Soldaten und Offizieren, die sich in den Lagern für eine Mitarbeit gewinnen ließen und die nun für eine spätere Führerschaft auf nahezu allen Gebieten in Antifa-Schulen qualifiziert wurden. Damit kam Humanismus erneut in den Fokus strategischer politischer Überlegungen. Besonders in kultureller Hinsicht bestand hier wenig Wahlmöglichkeit, denn eine sozialistische Herrschaft – und damit eine „sozialistische Kultur“, was immer man darunter verstand – war zunächst nicht offiziell beabsichtigt, galt sogar als sektiererisch.

Mit einer dritten und vierten Gruppe konnte man noch nicht planen. Beide Gruppen waren unsichere Kantonisten, besonders die in Deutschland verbliebenen, teil in Zuchthäusern und Konzentrationslagern befindlichen ehemaligen Parteimitglieder der KPD und SPD, inklusive die Zwischengruppen; und die ins im westliche Exil vertriebenen Kommunisten und Sozialdemokraten, die nicht die persönlichen Erfahrungen wie die „Moskowiter“ mit Stalin gemacht hatten und erst zu überprüfen waren hinsichtlich Einstellung und Parteidisziplin.

Man kann aus biographischen Studien zu den „Aktivisten der ersten Stunde“ folgern, dass Humanismus nicht nur zu einer Art „Zwischenstufe“ bei der Überwindung der NS-Ideologie wurde, sondern einige programmatische Formulierungen in der ersten Verfassung der DDR direkt darauf abzielten, Haltungen einer „wahren Humanität“ zur Staatsräson zu erklären. Die Vorgänge im NKFD stellten dabei einen Teil, nur eine Quelle der komplexen Selbstverständigung über Begriffe des Neuaufbaus dar. Humanismus als ein Kern kam so in die Verfassung der DDR von 1949 hinein.

Die erste Verfassung 1949

Die Autorität des Begriffes Humanismus fand in den Verfassungen der DDR einen wörtlichen Niederschlag – als „wahre Humanität“ 1949 im Bildungsteil und als „Humanismus“ und „humanistische Werte“ 1968 im Kulturteil. „Humanität“ oder gar „Humanismus“ waren vorher keine Begriffe der Wei-

21 Vgl. „Nach Hitler kommen wir.“ Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Hrsg. von Peter Erler, Horst Laude und Manfred Wilke, Berlin 1994.

marer Reichsverfassung und keine politischen Losungen der historischen Arbeiterbewegung, schon gar nicht der KPD.

Beide Kategorien – „Humanität“ und „Humanismus“ – stehen nicht im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Auch die Verfassung der UdSSR von 1936, die sogenannte „Stalin-Verfassung“, enthielt keine entsprechende Passage. Anders in der DDR: „Humanität“ und „Humanismus“ waren staatspolitische Kategorien, die sich auch in Gesetzen und im Amtshandeln niederschlugen. Das politisierte „Humanismus“ zu einem offiziellen kulturellen Ziel, mit dem sich nicht nur der Staatsrat wiederholt beschäftigte,²² sondern von dem sogar zeitweise angenommen wurde, er sei schon da, oder – nach dem Mauerbau 1961 – auf Ende 1965 terminiert wurde.

Die DDR besaß in ihrer Geschichte zwei, faktisch vielleicht sogar drei Verfassungen, die von 1949, die von 1968 und die revidierte von 1974. Humanismus fand 1949 Eingang in Artikel 37 Satz 2 in Form des Begriffspaars „wahre Humanität“. „Als Mittlerin der Kultur hat die Schule die Aufgabe, die Jugend im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie zu wahrer Humanität zu erziehen.“²³

Die Verwendung des Begriff Humanismus in der DDR diskreditierte ihn früh und zu großen Teilen dauerhaft in den Augen anderer, sowohl in der DDR als besonders in Westdeutschland, wo man ihn sowieso wesentlich als „getarnten Atheismus“ verstand. Mit Beginn des Kalten Krieges 1948 setzte in der DDR eine „sozialistische Wende“ in der Kulturarbeit ein, die schon im August 1949 mit dem IV. Pädagogischen Kongress offensichtlich wurde, genaugenommen mit dem Politbürobeschluss „Richtlinien für die neue demokratische Schule“.

Diese Vorschriften orientierten auf die Verstärkung der Autorität des Lehrers und die Wissensvermittlung gegen alle pädagogischen Experimente, um, wie es hieß, die „neue demokratische Wirtschaft zu meistern“. Sie verurteilten die Reformpädagogik zugunsten der sowjetischen Praxis pauschal als spätbürgerliche Pädagogik.²⁴

22 Vgl. Die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft. Protokoll der 5. Sitzung des Staatsrates der DDR vom 30. November 1967. Berlin 1967. – Die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens im gesellschaftlichen System des Sozialismus, Berlin 1968.

23 Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. 7. Oktober 1949. 1. Reprintauflage 2004 der 1. Ausgabe von 1949, Bad Langensalza 2004, S. 18.

24 Ein Vergleich des Beschlusses des SED-Parteivorstandes mit der am 25. August verabschiedeten Resolution findet sich in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone.

Zwar hatte Mitte April 1949 eine pädagogische Tagung an der Berliner Humboldt-Universität einige Teilnehmer des Kongresses auf einen Wandel vorbereitet, dennoch überrumpelten der Beschluss und die scharfe Wendung gegen die Reformpädagogik, besonders gegen die Arbeitsschulen, und die Einführung von „Entwicklungskarteien“ für jeden Lehrer, die Teilnehmer des Kongresses, die den Beschluss übernehmen mussten.²⁵ „Humanität“ oder „Humanismus“ kamen in diesem Beschluss nicht mehr vor, ebenso wenig wie in anderen Papieren.

Der besagte Beschluss legte fest, dass die „Erziehung der Jugend zu einer neuen Sittlichkeit und Arbeitsdisziplin als Voraussetzung für eine bewußte Einordnung in die neue Gesellschaft“ anzusehen sei.²⁶

Anton Ackermann trug auf der Tagung ein in wichtigen Punkten korrigiertes Konzept des Bildungswesens vor. Das zum Abschluss verabschiedete Komunique zitiert ihn: „In manchen Fällen wurde die Schule zum Tummelplatz opportunistischer, kleinbürgerlicher und halbtrotzkistischer Theorien. ... Notwendig ist eine allseitige Hebung des Leistungsstandes, die unsere neue demokratische Schule über das Niveau der bürgerlichen Schule in ihren besten Zeiten erhebt. ... Unsere Lehrer müssen sich mit den reichen Erfahrungen der sowjetischen Pädagogik vertraut machen, die die fortschrittlichste Pädagogik aller Länder darstellt.“²⁷

Es war eine konservative Wende in den Lernformen. Der Kongress verurteilte „alle Theorien, welche die Entwicklung unserer Schule hemmen, weil sie die leitende Rolle des Lehrers im Unterricht und in der Erziehung unterschätzen, weil sie es wie die Arbeitsschule an Folgerichtigkeit und Systematik in der Wissensvermittlung fehlen lassen, weil sie eine sogenannte ‚freie Erziehung‘ propagieren, oder weil sie solche undemokratischen Auffassungen vertreten wie die Kerschensteiners“.²⁸

Dokumente. Hrsg. und erläutert von Siegfried Baske und Martha Engelbert. Erster Teil, 1945–1958, Berlin 1966, Dok. 48 mit Dok. 49, S. 139–147.

25 Anhand sowjetischer Akten rekonstruiert von Christine Lost: Sowjetpädagogik, Wandlungen, Wirkungen, Wertungen in der Bildungsgeschichte der DDR. Hohengehren 2000, S. 79–95. – In der Studie findet sich kein Beleg zu „Humanität“, und Deiters wird eher am Rande erwähnt.

26 Protokoll Nr. 152 (II) der 21. (35.) Tagung des Parteivorstandes am 23./24. August 1949. Protokoll, Anlage 6, BAB DY 30/IV/2/1/70, S. 20.

27 Protokoll Nr. 152 (II) der 21. (35.) Tagung, Anlage 9, S. 26.

28 Resolution der schulpolitischen Kommission des 4. Pädagogischen Kongresses zum Rechenschaftsbericht, Leipzig 22. August 1949, Pkt. IV, 1; BAB DY 30/IV 2/9.05/56, Bl. 86.

Dieser Vorgang verdeutlicht die Langzeitwirkung der Tätigkeit der sowjetischen Administratoren im Schulwesen der SBZ. In der SMAD gab es eine Abteilung Volksbildung. Sie stand unter der Leitung von Generalleutnant (früher Professor) Pjotr W. Solutuchin, ehemals Rektor der Universität Leningrad und stellvertretender Minister der Russischen Föderation in der UdSSR. Sie war mit 55 Mitarbeitern am 6. Juli 1945 nach Berlin gekommen und unterhielt bis in jeden Kreis der SBZ-Dienststellen.²⁹

Dieser rasche Schwenk gegen die frühen Humanismus-Debatten hatten ihr Pendant in der sofort nach Gründung beschränkten Eigenständigkeit des Parlaments der DDR. Das Kleine (ständige) Sekretariat des Politbüros beschloss schon am 17. Oktober 1949, nur zehn Tages nach Konstituierung der Volkskammer, den Weg, wie die führende Rolle der SED durchzusetzen sei. Es wurde „eine Art Obergeschäftsordnung“ (Heike Amos) verabschiedet. Verhandelt wurde im Parlament künftig nur das, was diese kleine Gruppe des Politbüros vorher genehmigte.³⁰ Damit gab es faktisch keine autonom handelnde Volksvertretung mehr bis zur Einsetzung des „Zentralen Runden Tisches“ am 7. Dezember 1989.

Nach den angedeuteten Sowjetisierungen im Staat und in der Kulturpolitik ab 1948 erlebte das Wort „Humanismus“ erst ab 1957 eine neue Konjunktur. Es waren bezeichnenderweise die strategische Ratlosigkeit nach Stalins Tod und der ungarische Aufstand, die zum Nachdenken zwangen und eine Rückbesinnung auf Humanismus als einer allgemeinen Formel und Inhaltsbestimmung der Gesellschaftspolitik beförderten, der nun als „sozialistischer Humanismus“ eine Inflation erfuhr.

Der „sozialistische Humanismus“ war auf der Moskauer Tagung 1934 noch unbekannt. Und auch auf der Pariser Tagung 1935 traten die sowjetischen Kommunisten noch als Vertreter des „proletarischen Humanismus“ auf, mit einem deutlichen Anflug von Überheblichkeit. Dagegen sprach Klaus Mann, für den das Wortpaar „sozialistischer Humanismus“ 1935 eine zentrale Kategorie wurde, weil sie bürgerlichen und proletarischen Humanismus – als Ideen der Freiheit und der Gleichheit – zusammenführte, und zwar im „Kampf um die Gewinnung dieser gerechteren [Wirtschaftsordnung, als es die kapitalistische ist, HG], der Zwang zu ihrer Erhaltung [der zuerst in der

29 Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945–1949. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Karl-Heinz Schöneburg, Berlin 1983, S. 195.

30 Vgl. Amos: Die Entstehung der Verfassung, S. 323 f.

Sowjetunion errichteten Ordnung, HG] sind doch nur Mittel – für welches Ziel? Wir nennen es den sozialistischen Humanismus.“³¹

Zwischenzeit

Die neue Wende in den 1950ern, beginnend mit der ersten Bitterfelder Konferenz 1959, verdrängte einen plumpen Atheismus, ein Ergebnis auch der Jugendweihe, die ab 1954 zu einer Art Staatsweihe werden sollte, aber bis dahin nicht systematisch von der SED gefördert wurde. Ein Problem dieser Jugendweihe war weniger die Konfrontation mit kirchlichen Ritualen, als vielmehr, dass dieses Zeremoniell wie auch andere (Namensgebung, Eheschließung, Bestattung) kein Pendant in der Sowjetunion und anderen Ländern hatte, ausgenommen die ehemaligen deutschen Gebiete in der Tschechoslowakei. Die deutsche Freidenkerei unterschied sich in ihrer Praxis radikal vom russischen „Bund der kämpfenden Gottlosen“.

Ulbricht, ein sächsischer Freidenker, sprach ein Machtwort. Das verband sich mit der Einsicht, dass ein Nicht-Theismus allein noch keine neuen Wertvorstellungen hervorbringt, auch eine Erfahrung der Freidenkerei in den 1920ern. Es war klar geworden, ohne dies offen zu diskutieren, dass eine alte marxistische Weisheit überholt war, nämlich, dass eine neue gesellschaftliche Basis, gemeint waren die vergesellschafteten Produktionsmittel, automatisch ein neues Bewusstsein erzeugt.

Diese bittere Erkenntnis wenige Jahre nach Stalins Tod brachte 1957 in allen Ostländern die Wiederaufnahme der These der notwendigen Kulturrevolution beim Aufbau des Sozialismus. Sie wurde als siebente Gesetzmäßigkeit beim Aufbau des Sozialismus definiert, hergeleitet von Lenin. Das war weitgehend vergessen und ihre einstigen Verfechter waren tot, im Ausland, oder saßen noch in sowjetischen Lagern.

An die Gedanken Lenins und Trotzki erinnerten sich vielleicht Ulbricht und Kurella zu diesem Zeitpunkt,³² als die „Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien“ im November 1957 beschloss, die Kulturrevolution – „die Verwirklichung der sozialistischen Revolution auf dem

31 Siehe: Paris 1935, S. 154.

32 Vgl. Leo Trotzki: Fragen des Alltagslebens. Die Epoche der „Kulturarbeit“ und ihre Aufgaben. Hamburg 1923. – Diese Analyse wurde in Deutschland unter Linken mit der folgenden Schrift populär: Walter und Anna Lindemann: Die proletarische Freidenkerbewegung, Leipzig-Lindenau 1926.

Gebiet der Ideologie und Kultur und die Herausbildung einer der Arbeiterklasse, dem schaffenden Volke und der Sache des Sozialismus ergebenden zahlreichen Intelligenz“ – zur siebenten von zehn Gesetzmäßigkeiten beim sozialistischen Aufbau zu erklären.³³ Diese Festlegungen von 1957 läuteten die Zeit des „Kultursozialismus“ in der DDR ein.

Die Rückkehr von Alfred Kurella brachte eine Person in die DDR, der die Frühschriften von Marx ebenso kannte wie die frühen Debatten über Kulturrevolution und der selbst in der Sowjetunion kulturpolitisch aktiv war.³⁴ Kurella hatte mit einiger Sicherheit in der Sowjetunion Nikolai Bucharin These gekannt, dass der Sozialismus „einen vollwertigen und allseitig entwickelten Menschen“ erzeugt.³⁵

Das war seine Überzeugung und sein Programm. Um das herauszufinden und praktisch zu machen, berief Walter Ulbricht den durch allerlei Zufälle am Leben gebliebenen Kurella aus dem Exil zurück, gab ihm zwei Jahre Anpassungs- und Bewährungszeit am Leipziger Literaturinstitut und machte ihn 1957 zum obersten Kulturfunktionär.³⁶ Damit begann der systematische Aufbau von Einrichtungen der „sozialistischen Massenkultur“. Deren Praxis gab das Muster dafür ab, „sozialistischen Humanismus“ im Kulturteil in die neue Verfassung zu schreiben.³⁷

33 Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau stattfand. In: Einheit, Berlin 1957, 12. Jahrgang, H. 12, S. 1473–1485, hier S. 1481.

34 Vgl. Alfred Kurella: Die sozialistische Kulturrevolution im Fünfjahrplan. Die Voraussetzungen und die ersten Schritte einer sozialistischen Massenkultur in der Sowjetunion, Berlin 1930.

35 Bucharin: Der Sozialismus, siehe vorn.

36 Vgl. Dieter Schiller: Kurellas Kulturkommission. Auftrag und Scheitern (1957–1962), Berlin 2001.

37 Vgl. Horst Groschopp: Kulturhäuser in der DDR. Vorläufer, Konzepte, Gebrauch. Versuch einer historischen Rekonstruktion. In: Kulturhäuser in Brandenburg. Eine Bestandsaufnahme. Hrsg. von Thomas Ruben und Bernd Wagner, Potsdam 1994, S. 97–178. – Ders.: Kulturelle Jugendarbeit in der DDR. Herkommen, Struktur und Verständnis. In: Woher – Wohin? Kinder- und Jugendkulturarbeit in Ostdeutschland. Hrsg. von der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V., Redaktion: Hildegard Bockhorst, Brigitte Prautzsch und Carla Rimbach, Remscheid 1993, S. 14–30. – Zwischen Klub- und Kulturwissenschaft. Aus- und Fortbildung für Kulturberufe in der DDR. In: Aus- und Fortbildung für kulturelle Praxisfelder. Dokumentation der Forschungsprojekte. Hrsg. von Christiane Liebold und Bernd Wagner, Hagen 1993, S. 159–177.

Die zweite Verfassung 1968

Am 9. April 1968 trat die (zweite) „sozialistische Verfassung“ der DDR in Kraft. Sie war so etwas wie das politische Testament von Walter Ulbricht. Dessen Entmachtung durch Erich Honecker begann ein Jahr nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 mit Auseinandersetzungen im Politbüro der SED zur weiteren Wirtschafts- und Außenpolitik der DDR. Seine Absetzung wurde am 21. März 1971 in Moskau beschlossen, wo er hingeschafft wurde, obwohl er eigentlich im „Heinrich Mann-Komitee“ eine Rede halten wollte, in der er sich als dessen Vollender darzustellen gedachte. Den Text trug nun Alexander Abusch vor.

Die Verfassung der DDR von 1968 war stark ein Kulturprogramm, konzeptionell vorbereitet von Alexander Abusch und Alfred Kurella. Sozialismus wird 1968 als Tradition und kommende Vollendung des Humanismus in den Farben der DDR beschrieben.

Hatte die Verfassung von 1949 im Artikel 37, dem Bildungsteil, die schon zitierte Passage über „wahre Humanität“, so enthielt der 1968er Text im Grundlagenteil den Artikel 18 Absatz 1. Darin stand eine viel grundsätzlichere und längere Aussage als 1949: „Die sozialistische Nationalkultur gehört zu den Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft. Die Deutsche Demokratische Republik fördert und schützt die sozialistische Kultur, die dem Frieden, dem Humanismus und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft dient. Sie bekämpft die imperialistische Unkultur, die der psychologischen Kriegführung und der Herabwürdigung des Menschen dient. Die sozialistische Gesellschaft fördert das kulturvolle Leben der Werktätigen, pflegt alle humanistischen Werte des nationalen Kulturerbes und der Weltkultur und entwickelt die sozialistische Nationalkultur als Sache des ganzen Volkes.“³⁸

Damit war ein Sinn von Humanismus in Verfassungstext gegossen, dem eine offizielle politische Auslegung vorangegangen war. In der Sowjetischen Enzyklopädie 1960 stand das definitorische Pendant. Es markierte den Abschluss einer Debatte nach Stalins Tod 1953 und griff auf vorherige Diskussionen zurück.

Die Humanismus-Definition in der Verfassung von 1968 wiederum stand in Beziehung zu Begriffen wie „Unkultur“ und „Kriegführung“. Das hatte schon etwas Seltsames und wenig zu tun mit dem, was Humanismus historisch darstellt – eine Kulturauffassung von „Menschenbildung“, „Barmherzigkeit“

38 Siehe <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html> (Zugriff am 18.04.2024).

und „Menschenwürde“. Das Unwort „Unkultur“ kam erst in den Debatten hinein. Es fasste alles zusammen, was der eigenen Konstruktion missfiel, vor allem wurde die Gegnerschaft zur „amerikanischen Massenkultur“ betont.

Die Verfassung von 1968 wurde am 27. September 1974 einer Revision an wesentlichen Stellen des Staatsaufbaus unterzogen, sodass manche Autoren von einer dritten Verfassung reden, was hier nicht weiter interessiert. Die geänderten Punkte betrafen nicht den Humanismus.

Bis dahin, dem Anfang der Ära Honecker, dominierte in der DDR der „sozialistische Humanismus“ als Leitbild. Er begleitete eine damit begründete kulturelle Praxis, staatlich intensiv gefördert. Formal galt das Ulbricht-Programm fort. Es reagierte die ganze Zeit über auf ökonomische und freiheitspolitische Mangelsituationen, über die sich „Humanismus“ wölben sollte. Adressat dieses volkspädagogischen Programms war die gesamte Bevölkerung, die eine „Menschengemeinschaft“ bilden sollte.

Ulbricht hatte kurz vor der zweiten DDR-Verfassung den Sozialismus als „relativ selbständige Gesellschaftsformation“ auf dem Weg zum Kommunismus charakterisiert und damit einen Bruch mit gültigen Dogmen vollzogen. Er verschob den Kommunismus in die fernere Geschichte und forderte, man müsse über die lange Strecke dahin nachdenken. Wie diese Strecke aussehen sollte, wurde in den 1960ern Gegenstand hitziger Theoriegefechte, die auch vom Humanismus handelten.

Rückschauend stellt sich das Konzept des „sozialistischen Humanismus“ als Versuch dar, das Bedürfnis nach Individualität in eine wohlgeordnete – wie es dann in der zweiten Verfassung hieß – „Menschengemeinschaft“ einzubinden,³⁹ es gesellschaftskonzeptionell für die DDR zu nutzen und in Gegensatz zur kapitalistischen Bundesrepublik zu setzen.

Der „sozialistische Humanismus“ sah die DDR als das bessere Deutschland, das es zu beschützen galt. Eine Mauer war das Mindeste, was dafür zu dessen Schutz getan werden konnte, wie Walter Ulbricht nach deren tatsächlichem Bau formulierte: „Für uns ist das Erbe der Väter der Humanismus von Goethe, Marx, Liebknecht und Thälmann. Für Herrn Lübke, den Vertreter der westdeutschen Reaktion ist das Erbe der Väter die Herrschaft irgendwelcher Karolingerkönige und der für zwei Weltkriege verantwortlichen Ostlandritter.“⁴⁰

39 Vgl. Art. 18 Abs. 1 der Verfassung der DDR von 1968.

40 Walter Ulbricht: An alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik! An die ganze Nation! Rede auf der 11. Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Berlin, 25. März 1962. In: Zur Geschichte der deut-

Ergebnisse

Der Begriff Humanismus war in der DDR allgemein üblich. Was dazu gesagt wurde, ist öffentlich zugänglich. Humanismus wurde in der entsprechenden Schulliteratur wie in den wissenschaftlichen Schriften immer mehr historisch richtig, nach dem jeweiligen Wissensstand abgeleitet und gesellschaftlich vielgestaltig verwendet, um alltägliche wie weltweite Vorgänge und Epochen zu bewerten. Wo er rein propagandistisch „eingesetzt“ wurde – Erinnerung an den Philosophenkongress 1984 – wurde dies auffällig, gar kenntlich gemacht.

Es ist nicht zu übersehen, dass sich das Gros der Bevölkerung in seinem Leben weltlich orientierte. Die Menschen achteten in der Regel ihre eigene Individualität wie die von andren. Sie gingen überaus kritisch mit sich und ihrer Umwelt um und strebten nach Selbstbestimmung und Toleranz – gerade dies drückte sich beredt in der „Wende“ aus, in der es sogar pazifistische Aktivitäten gab („Schwerter zu Pflugscharen!“). In ihrer Gesellschaft hatte die Bevölkerung Formen der Solidarität ausgebildet und wollte diese ausbauen. Rassismus wurde unterdrückt. Wissenschaft besaß einen hohen Stellenwert. Sie lebten in keiner idealen Welt, es gab Gewalt, Unterdrückungen, Verrat, aber auch Selbstlosigkeit – und sie wussten das.

Das Angebot Humanismus war in vielerlei Gestalt unmittelbar greifbar. Da die Menschen in ihrer Mehrheit nicht mehr christlich, nicht anders religiös, nicht dumpf atheistisch waren und offen antihumanistische Orientierungen eher selten vorkamen, und da sie nicht als „wertelos“ gelten können, liegt das Urteil nahe, dass es eine Art von „Volkshumanismus“ gab. Und wie alle Wertorientierungen, wenn diese nicht gesellschaftlich bestätigt werden und keine fortgesetzte Institutionalisierung erfahren, etwa in den Schulen (Ethikunterricht) oder in den Massenmedien, wenn zudem noch diese Geschichte delegitimiert wird, dann werden humanistische Orientierungen als unbedeutend empfunden und gehen verloren, werden durch andere ersetzt, so dass die weitere soziale Geschichte – soziologische Untersuchungen mögen dies bestätigen oder widerlegen – zu dem Ergebnis führen kann, die DDR habe es nie gegeben bzw. sie sei nur ein großes Gefängnis gewesen.

schen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. X: 1961–1962, Berlin 1966, S. 424–457, hier S. 445.

Anhang

Verlauf Verfassungsdebatten SBZ / DDR 1946–1949 und 1967/68

| Termin | Ereignis | Ergebnis |
|---------------|--|--|
| | 1. Verfassung 1949 | |
| 1945 | | |
| Frühjahr | Aktionsausschuß der KPD in Moskau | <i>Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie</i> (mit Elementen der späteren Verfassung) |
| 25. April | Aufgaben für die Gruppe Ulbricht und die anderen, die nach Deutschland reisen | |
| 2. Mai | Eintreffen der „Gruppe Ulbricht“, die anderen folgen | Aufbau einer Zivilverwaltung im Auftrag der SMAD in deren Zonengebiet und Berlin |
| 1. Juli | Die Westalliierten besetzen ihre Zonen in Berlin und räumen von ihnen besetzte Gebiete der SBZ | |
| 5. Juli | Räumung Stettins durch „Gruppe Sobottka“ | |
| 1946 | | |
| März | CDU | Beginn der Arbeit an einer Verfassung |
| 21./22. April | SED-Gründung | <i>Grundsatzklärung</i> enthält fertigen späteren Verfassungsartikel „wahre Humanität“ |
| Ende Juni | Geheime Anweisung der SMAD an die SED | Entwurf einer Verfassung für ganz Deutschland durch Polak (russ.; nur 1 Expl. in Nachlass Ulbricht) |

| | | |
|------------------|--|---|
| 10. August | Engster Führungskreis SED (unveröffentlicht) | - Für die Bildung einer einheitlichen deutschen Staatsregierung - Entwurf der Verfassung für die demokratische deutsche Republik („wahre Humanität“ im Text) |
| 20. Oktober | SED an SMAD (unveröffentlicht) | 20-Punkte-Erklärung <i>Die Grundrechte des deutschen Volkes</i> |
| Ende Oktober | SMAD an SED | Erlaubnis zu einer Verfassung |
| 8. November | SED-Zentralsekretariat | Offizielle Einsetzung einer Verfassungskommission der SED |
| 14. November | Außerordentliche, geschlossene Tagung des SED-Parteivorstandes | Beschluss 1. Entwurf Verfassung |
| 16. November | <i>Neues Deutschland</i> | Veröffentlichung des 1. Entwurfs |
| 1947 | | |
| 6./7. Dezember | SED und „Block“ | Tagung 1. <i>Volkskongreß</i> |
| 1948 | | |
| Januar / Februar | | Erste öffentliche Diskussionen über eine Verfassung im Rahmen der „Volkskongreßbewegung“ |
| 17./18. März | SED und „Block“ | 2. <i>Volkskongreß</i> wählt 1. <i>Deutschen Volksrat</i> |
| 15. April | 1. <i>Deutscher Volksrat</i> | Einsetzung <i>Verfassungsausschuß</i> und <i>Unterausschüsse</i> / 1. Sitzung <i>Kulturausschuß</i> / Vorsitz: Heinrich Deiters |
| 3. August | 4. Sitzung <i>Deutscher Volksrat</i> | - <i>Richtlinien für die Verfassung der deutschen demokratischen Republik</i> (gegenüber den vorherigen Entwürfen stark eingekürzt) / Deiters fordert |

| | | |
|----------------------------|---|--|
| | | für <i>Kulturausschuß</i> mehr Zeit / Auftrag an <i>Kulturausschuß</i> , die Kultur- und Bildungspassagen eigenverantwortlich zu erstellen |
| 21. August | <i>Kulturausschuß</i> | Umbenennung in <i>Ausschuß für Kulturpolitik</i> / Hauptberatung Verfassungsartikel / CDU nimmt nicht teil (möchte wichtigeres Gremium wg. Debatte über Kirchenartikel) / kurze Erörterung „wahre Humanität“, keine Infragestellung, deshalb Beschluss |
| 22. Oktober | 5. Tagung des <i>Deutschen Volksrates</i> | (offizieller) 1. Entwurf einer Verfassung für die deutsche demokratische Republik |
| 27. September / 8. Oktober | <i>Verfassungsausschuß</i> | Abschließende Lesung aller 143 Artikel / Überweisung an den <i>Deutschen Volksrat</i> |
| 1949 | | |
| 19. Februar | <i>Ausschuß für Kulturpolitik</i> | Endberatung der kultur- und schulpolitischen Verfassungsartikel / Beschluss / Hauptakteure: Ackermann, Deiters, Hardermann, Meier, Schwarze (LDP) |
| 24. Februar / 2. März | <i>Verfassungsausschuß</i> | Festlegung der kultur- und schulpolitischen Artikel im <i>Unter- und Verfassungsausschuß</i> |
| 18./19. März | <i>Deutscher Volksrat</i> | Beschluss über 2. Entwurf der Verfassung der <i>Deutschen Demokratischen Republik</i> / fertige Verfassung wird dem 3. <i>Deutschen Volkskongreß</i> überwiesen |

| | | |
|---------------|--|---|
| 21. März | ZK der SED | Bericht der Kommission über die Verfassung der DDR von Klaus Sorgenicht / Bestätigung des Entwurfs der Verfassung |
| 22. März | SED-Politbüro (außerordentliche Sitzung) | Beschluss Durchführung Volksentscheid |
| 26. März | Volkskammer | Beschluss Verfassung |
| 6. April | Volksabstimmung | Annahme der Verfassung |
| 9. April | | Inkrafttreten der Verfassung durch Unterschrift Walter Ulbricht |
| 18. Oktober | Staatsrat | Tagung über Umsetzung Beschlüsse zur Kultur von 1967 |
| 1971 | | |
| 21. Januar | SED-Politbüro | Brief der 13 (von 20) Mitgliedern und Kandidaten an Breshnew mit Bitte um Zustimmung zum Rücktritt Ulbrichts |
| 3. Mai | SED-Politbüro | Faktischer Rücktritt Ulbrichts |
| | (3.) Verfassung 1974 | |
| 27. September | Volkskammer | Änderungen der Verfassung per Gesetz |